Information über die Sitzung des Gemeinderats am 22. Januar 2008

Jahresabschluss und Feststellung des Ergebnisses des Palatinum für das Wirtschaftsjahr 2006

Der Gemeinderat hat den Jahresabschluss festzustellen und über die Behandlung des Gewinns oder des Verlustes zu beschließen.

Das Bilanzvolumen beträgt danach 9.758.639,82 €. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit schließt mit einem Verlust von 95.466,39 €, welcher von der Gemeinde als Trägerin der Einrichtung aus allgemeinen Haushaltsmitteln übernommen wird.

Die von der Geschäftsleitung nicht zu beeinflussenden Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen im Geschäftsjahr 322.044,17 €. Für den Kapitaldienst mussten Zinszahlungen in Höhe von 309.122,37 € erbracht werden.

Die Deutsche Treuhand, KPMG, Mannheim hat den Jahresabschluss mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen:

Einstimmiger Beschluss:

Der Jahresabschluss des Palatinum für das Wirtschaftsjahr 2006 mit der Bilanzsumme über 9.758.639,82 €gemäß § 27 Abs. 2 EigAnVO in Verbindung mit § 7 der Betriebssatzung wird in der vorliegenden Fassung festgestellt.

Wirtschaftsplan Palatinum für das Jahr 2008

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2008 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 903.500,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 442.000,00 € ausgeglichen ist. Eine Verlustausweisung ist nicht erforderlich, da die Gemeinde Zuweisungen für den Schuldendienst über 706.000,00 € und einen Betriebskostenanteil über 71.500,00 € übernimmt.

Zur Bestreitung der Investitionsmaßnahmen sind keine Darlehen erforderlich.

Verpflichtungsermächtigungen sind keine ausgewiesen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2008 für das Palatinum wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigungseinrichtung für das Jahr 2008

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2008 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 2.243.500,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 467.500,00 € ausgeglichen ist. Der Bilanzgewinn wird voraussichtlich 370.800,00 € betragen. Zur Bestreitung der Investitionsmaßnahmen sind keine Darlehen erforderlich.

Verpflichtungsermächtigungen sind keine ausgewiesen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2008 für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Mutterstadt wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Haushaltsplan der Gemeinde Mutterstadt für das Haushaltsjahr 2008 a) Finanzplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2007-2011 b) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008

Die Verwaltung hat die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2008 sowie den Finanzplan und das Investitionsprogramm für die Jahre 2007 bis 2011 im Entwurf gefertigt. Der Verwaltungshaushalt schließt mit einem Überschuss von 471.780,00 € ab, der dem Vermögenshaushalt zugeführt wird.

Für den Haushalt ist ein Darlehen für Investitionsmaßnahmen über 300.000,00 € und für Verpflichtungsermächtigungen ein Betrag über 245.000,00 € veranschlagt. Die Höchstbeträge der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, werden für den Haushalt auf 2.500.000,00 €, für die Abwasserbeseitigung auf 500.000,00 € und für das Palatinum auf 250.000,00 € festgesetzt.

Haushaltsrede von Bürgermeister Hans-Dieter Schneider:

Sehr geehrte Herren Beigeordnete, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, verehrte Gäste, der zum Beschluss durch den Gemeinderat Mutterstadt vorliegende Haushaltsplan für das Jahr 2008 mit Haushaltssatzung, Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, Stellenplan sowie Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2007 bis 2011 ist in den Fachausschüssen und im Haupt- und Finanzausschuss am 09. Januar 2008 vorberaten worden.

Alle Ausschüsse gaben eine einstimmige Beschlussempfehlung an den Gemeinderat.

Eine wichtige Grundlage für die Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung und damit verbundener Parameter, die sich auf unseren Gemeindehaushalt auswirken, waren wieder die Leitlinien für die kommunale Haushaltswirtschaft 2008. Diese wurden vom Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz Ende November 2007 veröffentlicht, und darin wird unter anderem festgestellt: Haushaltswirtschaft 2008 der kommunalen Gebietskörperschaften

Leitlinien für die kommunale Haushaltswirtschaft 2008

1. Allgemeine finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Schuldenanstieg der öffentlichen Haushalte hat sich seit dem vergangenen Jahr verlangsamt. Dies beruht auf einer außerordentlich günstigen Steuereinnahmeentwicklung. Davon haben insbesondere auch die Kommunen profitiert, die vor allem beim Gewerbesteueraufkommen ein überproportionales Wachstum zu verzeichnen hatten.

Gleichzeitig konnte der rasante Anstieg der Ausgaben im Sozialbereich etwas gebremst werden, dennoch bewegen sich die finanziellen Belastungen der Kommunen bei den sozialen Leistungen nach wie vor auf hohem Niveau.

Trotz dieser günstigen Entwicklung und trotz enormer Sparanstrengungen ist es vielen Gemeinden und Gemeindeverbänden nicht gelungen, ihre Haushalte zu konsolidieren. Nach wie vor bestehen zum Teil erhebliche Deckungslücken, die nur durch Kassenkredite/Kredite zur Liquiditätssicherung geschlossen werden können.

Für die nahe Zukunft ist davon auszugehen, dass sich die Gewerbesteuerentwicklung wieder abschwächt. Während insoweit nach dem Rekordergebnis des Jahres 2006 mit einer deutlichen Verlangsamung zu rechnen ist, sind es in diesem und im nächsten Jahr die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer, die zu einer positiven Entwicklung der gemeindlichen Steuereinnahmen beitragen könnten.

Dennoch kann für die Kommunalfinanzen keine Entwarnung gegeben werden.

Trotz steigender Einnahmen sind weitere intensive Konsolidierungsbemühungen dringend geboten. Als wirksame Zukunftsvorsorge müssen in Anbetracht der demografischen Entwicklung eine nachhaltige Verringerung der Defizite und ein schrittweiser Abbau der Gesamtschulden vorrangige Ziele kommunalpolitischen Handelns sein.

Der Finanzplanungsrat hat in seiner 107. Sitzung am 14. November 2007 die aktuelle Lage der öffentlichen Haushalte, die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei der Gestaltung der Haushalte 2008 sowie die Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erörtert und u.a. einvernehmlich festgestellt:

- a) Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird im Jahr 2007 erstmals seit Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht voraussichtlich ausgeglichen sein. Der Bund (ohne Sozialversicherungen) weist in seinem Haushalt zwar noch ein deutliches Finanzierungsdefizit aus, strebt aber bis 2011 den Verzicht auf eine Nettoneuverschuldung an. Die Ländergesamtheit kann in diesem Jahr erstmals seit langem wieder einen Überschuss ausweisen. Eine zunehmende Zahl von Ländern hat bereits einen ausgeglichenen Haushalt erreicht oder strebt ihn 2008 an und kann beginnen, den Schuldenstand abzubauen. Der Finanzierungsüberschuss der kommunalen Ebene wird sich 2007 weiter verbessern.
- b) Vor dem Hintergrund des hohen Schuldenstandes von 1,5 Billionen Euro sowie absehbarer künftiger Belastungen und möglicher Haushaltsrisiken bekräftigen die Finanzminister und die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände die Notwendigkeit, die günstige Einnahmeentwicklung zu nutzen und die Verschuldung zu verringern. Zur nachhaltigen Absenkung der Neuverschuldung und des aufgelaufenen Schuldenstandes müssen ebenso alle Konsolidierungsmöglichkeiten auf der Ausgabenseite genutzt werden, um die strukturellen Defizite zu beseitigen. Über Beschlossenes hinaus gibt es in allen öffentlichen Haushalten grundsätzlich keine Spielräume für zusätzliche finanzwirksame Maßnahmen. Notwendige neue Aufgaben sollen deshalb durch Verzicht auf andere Verpflichtungen finanziert werden.

2. Konjunkturelle Entwicklung

Die Bundesregierung rechnet für das nächste Jahr mit einer deutlichen Abkühlung der Konjunktur. Als Grund dafür werden die schwache weltwirtschaftliche Entwicklung, der steigende Kurs des Euro und der hohe Ölpreis angeführt. Dennoch geht die Bundesregierung davon aus, dass sich der Aufschwung trotz niedrigerer Wachstumsziffern auch 2008 fortsetzen wird, da die "konjunkturelle Grunddynamik" intakt sei und weiterhin "auf einem soliden Fundament" stehe. Nach Einschätzung der Bundesregierung wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im kommenden Jahr um 2,0 Prozent wachsen. In Übereinstimmung mit den Forschungsinstituten erwartet die Bundesregierung eine stärkere Binnennachfrage 2008 als Wachstumsmotor. Trotz des voraussichtlich schwächeren Wirtschaftswachstums geht die Bundesregierung auch für 2008 von einem weiteren

Rückgang der Arbeitslosenzahlen aus. Bereits 2007 sank die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 700.000. 2008 werde sie im Jahresdurchschnitt um weitere 295.000 auf unter 3,5 Millionen sinken. Gleichzeitig geht die Bundesregierung davon aus, dass die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2008 mit über 40 Millionen einen Höchststand erreichen wird.

Insgesamt wird sich die Verlangsamung der Konjunktur entsprechend auf die öffentlichen Haushalte auswirken, denn mit einem verringerten Wirtschaftswachstum gehen geringere Steuereinnahmen einher.

Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung der Haushaltswirtschaft der Gemeinde Mutterstadt im Jahre 2008 Der Haushaltsplan 2008 schließt im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt mit einem Gesamtvolumen von 16.192.650,00 € ab. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt 14.074.370,00 € und auf den Vermögenshaushalt 2.118.280,00 €. Das Ergebnis des Verwaltungshaushaltes ermöglicht eine Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 471.780,00 €. Im Vermögenshaushalt sind Verpflichtungsermächtigungen über 245.000,00 € in Ansatz gebracht. Zur Finanzierung der geplanten Investitionen werden Kreditmittel in Höhe von 300.000,00 € benötigt. Der allgemeinen Rücklage werden zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes 302.300,00 € entnommen. Zur Aufrechterhaltung der Kassenliquidität können Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 2.500.000,00 € in Anspruch genommen werden.

Der Verwaltungshaushalt ist im Haushaltsjahr 2008 ausgeglichen. Den zu erwartenden Einnahmen von 14.074.370,00 € stehen Ausgaben von 13.602.590,00 € gegenüber. Es errechnet sich ein Überschuss von 471.780,00 €, der dem Vermögenshaushalt zugeführt werden kann. Der Überschuss liegt somit über der gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtzuführung in Höhe der Darlehenstilgung von 133.000,00 €

Auf den ersten Blick kann das vorgeplante Ergebnis als zufriedenstellend bezeichnet werden. Von der prognostizierten Steuereinnahmeentwicklung und dem konjunkturellen Aufschwung haben auch wir als Kommune profitiert. Allerdings ist für die nahe Zukunft davon auszugehen, dass sich die Gewerbesteuerentwicklung wieder abschwächt. Während hier mit einer deutlichen Verlangsamung zu rechnen ist, sind es in diesem und im nächsten Jahr die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer, die zu einer weiteren positiven Entwicklung der gemeindlichen Steuereinnahmen beitragen könnten. Dennoch kann für die Finanzen unserer Gemeinde keine nachhaltige Entwarnung gegeben werden. Die prognostizierten steigenden Einnahmen sollten uns nicht dazu verleiten, den eingeschlagenen Weg einer soliden Haushaltsführung zu verlassen.

Dies insbesondere in der Kenntnis, dass in den Folgejahren erhebliche Investitionsmaßnahmen zu schultern sind. Aber nicht nur die investiven Aufgaben sind es die zum weitsichtigen sparsamen Wirtschaften raten, sondern auch die erheblichen Aufwendungen für den Erhalt bestehender gemeindlicher Einrichtungen. Die sogenannten freiwilligen Leistungen und die hieraus künftig weiter anwachsenden Folgekosten für Gemeindebibliothek, Jugendtreff, Kinderhort, aber auch Sportpark und Turnhallen, Haus der Vereine und Feuerwehrgerätehaus sind hier nur beispielhaft zu erwähnen. Die Unterhaltungs- Betriebs- und Personalkosten für alle gemeindlichen

Einrichtungen sind, ohne entscheidende Einbußen an der Leistungsfähigkeit, auf das Notwendige zurückgeführt. Ein dauerhafter Kostenfaktor bleiben auch die zu erbringenden Zuweisungen an den Eigenbetrieb "Palatinum". Nach nun 10-jähriger Wirtschaftstätigkeit ist dort mit steigenden Ausgaben für Instandhaltung und die Erneuerung von Einrichtungsgegenständen zu rechnen. In Kenntnis dieser Tatsachen sind die zu beeinflussenden Ausgaben auch künftig kritisch zu prüfen und auf das unabdingbar Notwendige zu reduzieren. Damit die Handlungsfähigkeit der Gemeinde auf Dauer gesichert bleibt, müssen im Gesamthaushalt, im Finanzplan und im Investitionsprogramm der Jahre 2007 bis 2011 alle möglichen Einsparungsmöglichkeiten konsequent und über alle parteipolitischen Grenzen hinweg mit oberster Priorität behandelt werden. Künftige Investitionen dürfen nicht ausschließlich mit Krediten verwirklicht werden, deren Zins und Tilgung dann den Verwaltungshaushalt derart belasten, dass dort der Ausgleich gefährdet werden könnte. Es ist anzustreben, dass die reichlich vorhandenen bebauten und unbebauten Grundstücke in einer mit den Investitionen einher gehenden zeitlichen Abfolge vermarktet werden, um damit einen finanziellen Spielraum zu schaffen. Überschüsse des Verwaltungshaushalts, die zur Mitfinanzierung von Investitionen einsetzbar sind, werden im Finanzplanungszeitraum bis 2011 nur in bescheidenem Rahmen vorhanden sein.

Als Teil der soliden nachhaltigen Haushaltsführung sieht es daher die Verwaltung an, dass das Sparkassenzertifikat und das den Pfalzwerken gewährte Darlehen als sogenanntes "Tafelsilber" auch in Zukunft vermögenswirksam mit relativ hohen Zinseinnahmen angelegt bleiben kann.

In Kenntnis dieses Sachverhaltes ist es notwendig, künftige Investitionen und Baumaßnahmen auf ihre Kostenhöhe zu fixieren und in zeitliche Prioritäten einzureihen. Die Vergabe einer jeden Maßnahme sollte künftig erst dann beschlossen werden, wenn einerseits die Finanzierung gesichert ist und andererseits die daraus erwachsenden Folgekosten geleistet werden können. Die dauernde Leistungsfähigkeit und die sogenannte "Freie Finanzspitze" sind bei künftigen Investitionen seitens des Rates und seiner Ausschüsse zu hinterfragen. Nur so ist gewährleistet, dass nachfolgende Haushalts- und Wirtschaftspläne einen gewissen Handlungsspielraum behalten.

Die Einnahmen- und Ausgabenseite des Verwaltungshaushaltes hat sich gegenüber dem des zurückliegenden Haushaltsjahres insbesondere bei den Steuereinnahmen erheblich verbessert. Der Hebesatz für die Grundsteuer A wurde um 10 %-Punkte angehoben und die Hundersteuersätze moderat erhöht. Zum 01.10.2005 ist der für den Bund und die Gemeinden geltende neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) in Kraft getreten. Im Verwaltungshaushalt ist daher die Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern nicht mehr ausgewiesen. Die Planansätze werden nun unter der Bezeichnung "Tarifbeschäftigte" veranschlagt. Zwischen den Tarifparteien ist weiter vereinbart, dass erstmals im Jahr 2007 an Bedienstete, die besondere Leistungen erbracht haben, eine Leistungsprämie zur Verteilung kommen soll. Im Haushaltsplan 2008 sind die für das Jahr 2007 auszuzahlenden Gelder bereitgestellt. Einnahmen des Verwaltungshaushaltes

Verlässliche Ausgangspunkte zur Erstellung des Haushaltsplanes und des Finanzplanes für den Planungszeitraum bis zum Jahre 2011 liegen den Gemeinden nicht vor. Der spürbare Konsumaufschwung und die sinkenden Arbeitslosenzahlen geben weiter Anlass zum Optimismus bezüglich der Einnahmeverbesserungen. Auf Grund der in der Vergangenheit gewonnenen Erfahrungen hat sich die Verwaltung bei der Veranschlagung der Steuereinnahmen wiederum besondere Zurückhaltung auferlegt und ist nur bedingt den vom Ministerium des Innern und für Sport vorgegebenen Empfehlungen gefolgt. Die vom Finanzplanungsrat auf Basis der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dargestellte finanzpolitische Situation wurde von der Verwaltung regionalisiert und im Haushaltsplan berücksichtigt. Der Spielraum, der sich insbesondere bei der Gewerbesteuer und bei den Einkommensteuerzuweisungen ergibt, wird erheblich vom Gemeindefinanzierungsgesetz, von der Steuerreform und den Hartz IV-Gesetzen beeinflusst. Es bleibt zu hoffen, dass die positiv angelaufene wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung so ihren Fortgang findet.

Die allgemeinen Zuweisungen setzen sich zusammen aus der Schlüsselzuweisung und der Ausgleichsleistung des Landes. Die Ansätze sollten sich gegenüber dem Vorjahr positiv entwickeln. Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe) und Grundsteuer B (Grundstücke) werden erhöht und über dem Niveau des Vorjahres ausgewiesen. Die Gewerbesteuer wurde gegenüber dem Vorjahr leicht vermindert veranschlagt. Der Anteil an der Einkommensteuer und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ist den prognostizierten Berechnungen entsprechend erhöht angepasst. Das Aufkommen bei der Vergnügungssteuer ist unverändert fortgeschrieben. Die Ausgleichsleistung des Landes nach § 21 LFAG wird nahezu unverändert in der Höhe des Vorjahres erwartet. Die Einnahmen bei den Gebühren und Entgelten sind in der Summe gegenüber dem Vorjahr ebenfalls kaum merklich geändert. Die Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und die Einnahmen aus dem Verkauf von Familienstammbüchern, Verpflegungskostenersatz, Chroniken usw. wurden vermindert fortgeschrieben. Ursächlich hierfür ist, dass das Verfahren im Neubaugebiet "Am Alten Damm" abgeschlossen ist und somit Ausgleichszahlungen nicht mehr vereinnahmt werden können. Die Einnahmen aus den übrigen Bereichen sind im Wesentlichen konstant und betreffen die Abführungen des Palatinum und der Abwasserbeseitigungseinrichtung an die Gemeinde für erbrachte Verwaltungskosten.

Die Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen weisen gegenüber dem Vorjahr keine größeren Bewegungen aus und wurden kontinuierlich fortgeschrieben. Dies ist ebenso zutreffend für die Einnahmen aus Dividenden und Zinsen aus der Wiederanlage des Sparkassenbriefes und dem bisher der Pfalzwerke AG gewährten Darlehen.

Die Konzessionsabgaben aus der Strom- und Gasversorgung sind leicht erhöht ausgewiesen. Die vom Zweckverband für Wasserversorgung zu zahlende Konzessionsabgabe ist ab 2005 jahresbezogen berechnet und erreicht den Stand des Vorjahres. Die inneren Verrechnungen für den Bauhof und für die Hausmeisterdienste sowie die kalkulatorischen Einnahmen sind auf Basis der erforderlichen Fortschreibungen veranschlagt.

Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Die Personalausgaben werden sich gegenüber dem Vorjahr um rund 98 T€ erhöhen. Ursächlich hierfür ist, dass eine Mitarbeiterin aus dem Mutterschutz zurückkehrt und eine Mitarbeiterin bei der Bibliothek als Halbtagsbeschäftigte eingestellt wurde. Höhergruppierungen und Zuordnungen in die Tarifgruppen nach dem neuen Tarifrecht (TVöD) sind moderat und können vernachlässigt werden. Für die tariflich Beschäftigten wurde eine Lohnerhöhung von 3 % und für das beamtete Personal eine Steigerung von 0,5 % eingerechnet

Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand erhöht sich nur unwesentlich und verteilt sich auf viele Haushaltspositionen. Abweichungen im Plus- und Minusbereich sind der Übersicht über die Sammelnachweiskonten zu entnehmen. Die Verrechnungen des Bauhofs wurden neu zugeordnet und sind hier nicht mehr nachgewiesen. Die kalkulatorischen Kosten sind wegen der Berechnung der auf das neue Feuerwehrgebäude entfallenden Abschreibungen neu fortgeschrieben.

Die allgemeinen Zuweisungen und Zuschüsse haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund 25 T€ erhöht und sind im Betriebskostenzuschuss an das Palatinum (+ 50 T€, Reparaturen und 10-Jahresfeier), sowie einer Minderzahlung von 20 T€ für die Schulverbandsumlage an das Rudolf-Wihr-Schulzentrum begründet. Die an den Gewässerverband Isenach-Eckbach zu zahlende Umlage ist fast gleichbleibend angesetzt. Die Mittelansätze für die Förderung des Sports, die Förderung des Nahverkehrs, die Förderung der Musik- und Gesangvereine sind unverändert.

Die Zinsausgaben orientieren sich am Schuldendienst für die bestehenden Darlehen und berücksichtigen die voraussichtlich in 2008 kurzzeitig in Anspruch zu nehmenden Kassenkredite.

Die Gewerbesteuerumlage ist jeweils abhängig vom jährlichen Gewerbesteuer-Ist-Aufkommen und dem vom Gesetzgeber vorgegebenen Vervielfältigungssatz. Der Vervielfältiger für das Jahr 2008 wurde von bisher 73 %-Punkten auf nun 65 %-Punkte gesenkt und erbringt somit eine spürbare Einsparung. Nach den vorliegenden Berechnungen ist auch im Jahr 2008 an das Land keine Finanzausgleichsumlage zu zahlen. Die Anteilszahlung zum "Fonds Deutsche Einheit" verbleibt wie im Vorjahr konstant. Die an den

Landkreis zu zahlende Kreisumlage einschließlich der Progression ist an die Steuerkraftmesszahl gekoppelt und wird sich in 2008 um 246 T€ auf 3.486 T€ erhöhen.

Wie bereits ausgeführt beträgt die Zuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt 471 T€ Dieser Betrag deckt nicht nur die vom Gesetzgeber geforderte Pflichtzuführung (Darlehenstilgung) in voller Höhe, sondern lässt auch einen kleinen Freiraum zur Finanzierung von Investitionen im Vermögenshaushalt.

Einnahmen des Vermögenshaushaltes

Das Volumen des Vermögenshaushaltes beträgt 2.118.280,00 € Die in den Planansätzen nachgewiesenen Einnahmen resultieren zum überwiegenden Teil aus den vorgesehenen Grundstücksverkäufen aus dem allgemeinen Grundvermögen (580T€) und dem Baugebiet "Am Alten Damm" (200 T€). Aus dem Verkauf von beweglichem Vermögen sind Einnahmen von 3 T€ veranschlagt. Vom Kreiswohnungsverband und vom Rhein-Pfalz-Kreis werden Darlehensrückflüsse von 24 T€ erwartet. Investitionsschlüsselzuweisungen sind in Höhe von 40 T€ errechnet. Das Land gewährt Zuschüsse in Höhe von 44 T€ für den Erwerb von Fahrzeugen für die Feuerwehr und 7 T€ als Zuschuss für Planungskosten des Pfalzmarktweges. Der wiederkehrende Ausbaubeitrag ist mit 113 T€ und die Ablösung für private Stellplätze mit 4 T€ veranschlagt. Vom Verwaltungshaushalt ist die Zuführung von 472 T€ ausgewiesen. Zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes ist die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 302 T€ und die Aufnahme eines Darlehens über 300 T€ erforderlich.

Ausgaben des Vermögenshaushaltes

Im Haushaltsjahr 2008 ist wiederum eine Investitionshilfe für Ruanda über 2,5 T€ vorgesehen. Für die EDV werden 38 T€ und für den Erwerb von Anlagevermögen 65 T€ (Ersatzbeschaffung eines Fahrzeugs für den Bauhof u.a.) erforderlich sein. Für den Erwerb von Friedhofseinrichtungen stehen 9 T€ zur Verfügung. 3 T€ sind für die Anschaffung von Boxen für Hundekottüten vorgesehen. Für die Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeugs der Feuerwehr über 345 T€ steht ein Planansatz von 100 T€ und eine Verpflichtungsermächtigung über 245 T€ für das Jahr 2009 zur Verfügung. Für den Grundstückserwerb werden Haushaltsmittel von 153 T€ (Grundstückstausch mit Pfalzmarkt und ökologische Maßnahmen u.a.) benötigt. 1.015 T€ stehen für Baumaßnahmen bereit. Diese setzen sich zusammen aus Einzelbeträgen für die Dämmung des Dachbodens in der Pestalozzischule und im Haus der Vereine, für die Tragwerksanierung der Sporthalle im Mandelgraben, für die Sanierung der Aufzüge im Rathaus und der Seniorentagesstätte, für die Erneuerung von Kinderspielplätzen, für die Sanierung des Wandbildes am alten Rathaus, für die Belagerneuerung des Kunstrasens im Sportpark, für den Ausbau der Jahnstraße, für den Ausbau der Heinrich-Lützel-Straße für Erneuerungen der Straßen im Gewerbegebiet, für Erneuerungen von Straßenleuchten, für den lokalen und externen Gewässerausbau "Südspange", für die Erweiterung der Urnenwand im neuen Friedhof, für die Friedhoferweiterung, für die Anschaffung von Notstrombatterien in der Neuen Pforte, für den Wegebau der Ortsumfahrung zum Pfalzmarkt, für die Neubeschilderung der Ortseingänge und für die Sanierung der gemeindeeigenen Wohngebäude.

Damit der gesetzliche Anspruch zur Unterbringung der 2-jährigen Kinder in den Kindertagesstätten erfüllt werden kann, sind in der katholischen und evangelischen Kindertagesstätte erhebliche Umbaumaßnahmen durchzuführen. Hierfür sind als Startfinanzierung je 150 T€ an die Kirchenträger vorgesehen. Ein weiterer Zuschuss von 285 T€ ist für bauliche Maßnahmen am Rudolf-Wihr-Schulzentrum Limburgerhof im Rahmen der Zweckvereinbarung bereitzustellen.

Zur Verwirklichung der in 2008 geplanten Investitionsmaßnahmen werden insgesamt 2.118.280,00 € benötigt. In Erwartung dessen, dass die Grundstückserlöse zumindest in der vorgeplanten Höhe verwirklicht werden können, wird eine Rücklagenentnahme über 302 T€ notwendig werden.

Daher bleibt nochmals festzustellen:

In Kenntnis dessen, dass in den vor uns liegenden Jahren erhebliche Großinvestitionen zu erbringen sind, ist der Rat mit seinen Ausschüssen und die Verwaltung gefordert, jede einzelne Maßnahme auf die Notwendigkeit und Kostenhöhe mit den einhergehenden Folgekosten genauestens zu prüfen.

Nur so ist gewährleistet, dass die derzeit vorhandenen Rücklagen nicht in größerem Maße in Anspruch genommen werden müssen. Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der wiederholte Appell zu einer nachhaltig wirtschaftlichen Umsetzung von Haushaltsführung und Investitionstätigkeit ist nicht darin begründet, dass dieser Verpflichtung in der Vergangenheit zuwider gehandelt wurde. Im Gegenteil: eine Gegenüberstellung zum Jahresende 2008 von Rücklagen in Höhe von 7,389 Mio. € und Schulden in Höhe von 6,982 Mio. € zeigt, dass unsere Gemeinde auch ohne die Berücksichtigung von Grund- und Sondervermögen unterm Strich schuldenfrei ist. Und dies bei einer Infrastruktur, die mit mehreren Großsporthallen, Palatinum, Walderholungsstätte, Sportpark oder Haus der Vereine, um nur einige wichtige Beispiele zu nennen, im Umfeld sicherlich ihres Gleichen sucht. Daher muss ich an dieser Stelle die Aussage eines ehemaligen Ausschussmitgliedes in einem Leserbrief der Rheinpfalz, dass im Mutterstadter Rathaus sparen nie groß geschrieben wurde,

entschieden zurückweisen. Dies ist nicht nur schlichtweg falsch sondern wird auch der verantwortungsvollen Arbeit, die Generationen von Rats- und Ausschussmitgliedern sowie Verwaltungsmitarbeitern geleistet haben in keinster Weise gerecht. Die vorliegenden Zahlen und Fakten bestätigen dies eindeutig!

Im Übrigen stellt ein vor wenigen Tagen bei der Verwaltung eingegangenes Schreiben der PFALZWERKE AG klar, dass die im Kostenvergleich der Straßenbeleuchtung in einem Artikel der RHEINPFALZ angegebenen Zahlen der Gemeinde Limburgerhof nicht die Wartungskosten beinhalteten. Inklusive dieser Kosten ist der Aufwand pro Bürger in Limburgerhof und Mutterstadt annähernd gleich. Abschließend bedanke ich mich ganz herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Vergangenheit, insbesondere seit meinem Amtsantritt Mitte letzten Jahres. Bei der Erstellung des Haushaltsplanes haben sich

- die Herren Beigeordneten Klaus Lenz, Klaus Leicht und Volker Strub
- die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere die Abteilungsleiter unter Federführung von Herrn Hammer
- und nicht zuletzt die Damen und Herren von Gemeinderat und Fachausschüssen

engagiert eingebracht und durch konstruktive Beratungen zum Gelingen entscheidend beigetragen.

Ebenfalls erwähnen möchte ich die aktive Unterstützung intern durch die Gleichstellungsbeauftragte und den Personalrat sowie verwaltungsextern durch die Lokale Agenda 21, den Partnerschaftsverein und die Bürgerinitiative gegen Geruchsbelästigung. Ihnen allen gilt dafür ebenfalls mein herzlicher Dank.

Ich bitte Sie dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2007-2011 sowie der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan für das Jahr 2008 zuzustimmen.

Haushaltsrede von Martin Binder (CDU):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider, verehrte Beigeordnete Herr Lenz, Herr Leicht und Herr Strub, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren!

In den vergangenen Jahren hatten meine Vorgänger an dieser Stelle oftmals die Gelegenheit genutzt, die Verwaltung und insbesondere den Bürgermeister daran zu erinnern, welche Themen trotz Beschlussfassung nicht oder nur unzureichend umgesetzt worden waren.

Die CDU-Fraktion stellt anerkennend fest, dass seit dem Amtsantritt von Herrn Bürgermeister Schneider Mitte des letzten Jahres bereits etliche der bis dahin liegen gebliebenen Angelegenheiten aufgearbeitet wurden. Daher wollen wir heute verstärkt die Möglichkeit nutzen, nach vorne zu blicken.

Bewertung des Haushaltes

Der Haushalt ist nach Meinung der CDU-Fraktion solide und realistisch aufgestellt. Mutterstadt schwimmt nicht gerade im Geld, zumal die allgemein positive Wirtschaftsentwicklung sich erst in zwei Jahren so richtig in unserem Haushalt bemerkbar machen wird. Wir werden auch in den nächsten Jahren sorgfältig mit den Einnahmen der Gemeinde umgehen müssen.

Der Haushalt für 2008 ist ausgeglichen. Mutterstadt kann die erheblichen Investitionen, die noch angesprochen werden, schultern, wenn auch auf Rücklagen und auf eine Kreditaufnahme von jeweils rund 300.000,00 € zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes zurück gegriffen werden muss.

In den letzten Jahren haben wir aus Gründen der Haushaltsehrlichkeit immer wieder kritisiert, dass mögliche Erlöse aus unseren Grundstücken und Immobilien unrealistisch hoch angesetzt waren und immer wieder nach unten korrigiert werden mussten, da die Nachfrage nach gemeindeeigenen Grundstücken sehr verhalten war. Mit Genugtuung stellen wir fest, dass in diesem Haushalt die Zahlen realistischer kalkuliert sind. Wir würden uns freuen, wenn wir in einem Nachtragshaushalt die Zahlen nach oben korrigieren könnten.

In welche Richtung muss sich Mutterstadt nach Meinung der CDU-Fraktion entwickeln?

Unser Leitmotto ist: Ein lebenswertes und familienfreundliches Mutterstadt.

Von den ganz Kleinen bis zu den Senioren sollen sich in Mutterstadt alle wohl fühlen und es ist unsere Aufgabe, das Mögliche hierfür zu tun.

Investitionen in unseren Kindergärten

Kindergärten werden in der Kommunalpolitik immer öfter als "positiver Standortfaktor" bezeichnet. Gute Kindergärten steigern die Attraktivität unserer Gemeinde für junge Familien. Viel wichtiger ist jedoch nach Ansicht der CDU-Fraktion, dass jede Investition in Kindergärten eine Investition in die Zukunft der Kinder unserer Gemeinde ist.

Ein verbindlicher Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab dem 2. Lebensjahr tritt ab 2010 in Kraft. Hierfür sowie für Sanierungen in der katholischen und in der protestantischen Kindertagesstätte im Blockfeld wird die Gemeinde in den nächsten Jahren bis zu 900.000,00 € investieren. Dies tragen wir so in vollem Umfang mit. Denn auch wir, als politische Gemeinde, haben ein Interesse daran, dass unsere Kindergärten den heutigen und künftigen Anforderungen entsprechen.

Wichtig für die CDU-Fraktion im Gemeinderat ist, dass nach einer realistischen Ermittlung des Bedarfs für die unter 3-jährigen die erforderlichen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen zügig angegangen werden. Ein deutliches Zeichen: Für die erste Umbauphase sind im Haushalt 2008 300.000,00 € eingestellt - 150.000,00 € für den katholischen und 150.000,00 € für den protestantischen Kindergarten. Bei der Umsetzung der Vorhaben sollte immer das Miteinander im Vordergrund stehen. Die CDU-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Gemeinde ihren Teil dazu beiträgt und wir sind zuversichtlich, dass sich die kirchlichen Träger nach ihrem Leistungsvermögen entsprechend beteiligen werden.

Begegnungen von Jung und Alt

Die Spielplatzsituation in der Ortsmitte ist noch immer unbefriedigend. Mehrfach wurde festgestellt, dass in der Ortsmitte bzw. beim Palatinum ein Spielplatz fehlt. Die aus den Spielplatzgrundstücksverkäufen eingenommenen Gelder wurden bis heute nicht in vereinbarter Höhe in neue Spielplätze investiert. An dieser Stelle darf ich daher an den entsprechenden Beschluss des Bauausschusses vom 29.10.2002 erinnern.

Ein Spielplatz im Gebiet um das Palatinum ist von Lage und Bedarf her notwendig und würde sicherlich zur Belebung des gesamten Gebietes beitragen.

In diesem Zusammenhang hat sich die CDU-Fraktion sehr über die Wiederbelebung des Jahngartenfestes durch die TSG gefreut. Dies ist ein gutes Beispiel, unsere Plätze und Grünflächen im Ortszentrum mit Leben zu erfüllen. Die CDU-Fraktion hofft, dass es noch viele weitere kreative Ideen gibt, wie wir in Mutterstadt für Jung und Alt attraktive Angebote schaffen können. Die Verwirklichung der beschlossenen Boccia-Bahn zielt auch in diese Richtung.

Ganztagsangebot an unseren Grundschulen

Ein Ganztagsangebot an einer unserer Grundschulen scheint sinnvoll zu sein. Wichtig ist aus Sicht der CDU-Fraktion, dass der Bedarf auf realistischer Grundlage ermittelt wird. Die betroffenen Eltern müssen vorher umfassend informiert werden. Es sollte ihnen klar sein, dass es sich am Nachmittag nicht um Unterricht, sondern um Betreuung handelt, in der Regel nicht durch Lehrkräfte. Eine frühere Informationsveranstaltung im Palatinum hat gezeigt, dass hier durchaus falsche Vorstellungen bestehen.

Der nächste Schritt wäre dann, die Investitionskosten und vor allem die Folgekosten zu klären. Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass sich auf Grund ihrer räumlichen und baulichen Gegebenheiten in erster Linie die Mandelgrabenschule für eine Ganztagsschule eignet. Auf Grund der räumlichen Nähe zum Haus des Kindes bestehen Möglichkeiten und Chancen der Zusammenarbeit beider Einrichtungen, die genutzt werden sollten.

Jugendfreizeitstätte

Bei der Verwirklichung eines Ganztagsangebotes böten sich nach Meinung der CDU auch interessante Perspektiven für eine Beteiligung unserer Jugendfreizeitstätte. Ihre Einbindung würde dem Jugendtreff Chancen eröffnen, frühzeitig Kontakte zu Kindern und Jugendlichen aufzubauen. Hier besteht noch erheblicher Nachholbedarf.

Der Jugendtreff und seine Mitarbeiter müssen im wahrsten Sinne des Wortes endlich raus aus dem Keller.

Wir erwarten, dass sich unter dem jetzt zuständigen Beigeordneten Klaus Lenz an der verfahrenen Situation der letzten Jahre etwas ändert

Die Beteiligung des Jugendtreffs an der Waldranderholung war ein erster Schritt, dem weitere hätten folgen müssen. Der Jugendtreff muss auf die Jugendlichen zugehen und nicht warten bis diese die Einrichtung aufsuchen.

Familienfreundlich und im Sinne der Nutzer sind die neuen Öffnungszeiten der Gemeindebibliothek. Gerade an Samstagen können somit Familien verstärkt von dem Angebot Gebrauch machen. Wir verfolgen die zahlreichen Aktivitäten und Angebote in der Bibliothek mit Aufmerksamkeit und Anerkennung. Gerade die Angebote für Kinder und Jugendliche sind vorbildlich.

Daher gilt an dieser Stelle unser großer Dank Frau Bauer und ihrem Team für die jahrelang konstant gute Arbeit.

Seniorentagesstätte

Die Senioren in unserer Gemeinde haben mit der Seniorentagesstätte eine schöne und bewährte Begegnungseinrichtung. Nachdem die Tagesstätte jahrelang erfolgreich im Ehrenamt geführt wurde, ist es zwar im Moment ein richtiger Schritt, dass Frau Kercher von der Gemeindeverwaltung die Arbeit in der Seniorentagesstätte unterstützt, die CDU-Fraktion hofft dennoch, dass sich bald aktive Senioren finden, die - wie es in der Vergangenheit war - das Haus wieder eigenverantwortlich mit Leben füllen.

Gerade in einer immer älter werdenden Gesellschaft sollte es uns allen ein Anliegen sein, Senioren im Ort ein attraktives Angebot zu erhalten.

Verkehr

Ein fortwährendes Problem für alle Generationen in Mutterstadt ist und bleibt die Verkehrssituation.

Die CDU-Fraktion hat hierzu in der Vergangenheit etliche Anfragen und Anträge eingebracht.

Beginnen wir mit den positiven Ergebnissen:

Unser Antrag zur Verbesserung der Fußgängersicherheit im Ortszentrum steht heute zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung. Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass eine Mindestbreite von 1,40 m für Gehwege unumgänglich ist. Wir kennen alle die gefährlich schmalen Gehwege im Ortszentrum. Hier sollten, wo immer möglich, Änderungen vorgenommen werden.

Wenn - wie z.B. im Bereich der Oggersheimer Straße - gemeindeeigene Grundstücke angrenzen, muss auch über deren Einbeziehung nachgedacht werden.

Erfreulich für Radfahrer ist die Fertigstellung des Radweges entlang der Speyerer Straße (L533) zwischen Mutterstadt und Limburgerhof.

Der Kreisel an der Kreuzung L533/L524 ist als erster Schritt der Anbindung an die B9 gedacht. Es bleibt zu hoffen, dass diese Anbindung wie versprochen bis Ende 2010 fertig gestellt ist. Hier bitten wir die Verwaltung am Ball zu bleiben und auf einer zügigen Umsetzung zu bestehen.

À propos Kreisel: Wir hatten bereits im letzten Jahr in der Haushaltsrede und in Anträgen auf den kümmerlichen Zustand unserer Verkehrskreisel hingewiesen. Jeweils am Ortseingang liegend, geben die Kreisel dem Besucher einen ersten Eindruck von Mutterstadt. Ich kenne keinen Ort im Landkreis, der hierbei einen beschämenderen Eindruck hinterlässt.

Wir hoffen, dass wir das in unserer nächsten Haushaltsrede nicht noch einmal beklagen müssen.

Die CDU Fraktion erneuert ihre Forderung nach einer ansprechenden Gestaltung der Kreisel, evtl. unter Einbeziehung der Partnergemeinden und/oder der ortsansässigen Gartenbaubetriebe. Sicher ist, dass sich die entsprechenden Ausschüsse zügig mit der Entwicklung eines Konzeptes zur Gestaltung der Kreisel beschäftigen müssen.

Wenig befriedigend war die Antwort auf unsere Anfrage zum Thema LKW und Traktorenverkehr vom 10. Dezember letzten Jahres. Auf die Frage, ob die Gemeinde an der Wiedereinführung des LKW- Durchfahrverbotes festhalten will und wie die weiteren Schritte zur Verwirklichung des Verbotes aussehen, bekamen wir folgende Antwort:

"Sofern infolge der Anbindung der L524 an die B9 keine grundlegende Verbesserung der Verkehrssituation eintritt, wird die Verwaltung in der Sache wieder aktiv werden."

Herr Bürgermeister Schneider, müssen wir hieraus folgern, dass die Verwaltung in den nächsten 3 Jahren nichts in dieser Thematik unternehmen möchte? Dass die Mutterstadter Lärm und Abgase von Lastwagen mindestens noch 3 Jahre ertragen sollen? Ein weiteres nicht gelöstes Problem sind die Flohmärkte auf dem Gelände des Real-Marktes. Hier wurde zwar anscheinend in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung auf dem Gelände selbst eine Verbesserung erreicht, von einer Verbesserung für die Anwohner der Wald-, Schifferstadter- und Speyerer Straße kann man aber noch lange nicht reden. Denn obwohl - dem Vernehmen nach - die Anzahl der Stände und Anbieter etwas reduziert wurde, zu einer Reduzierung der Beeinträchtigungen durch den Verkehr an den Flohmarkt-Sonntagen (!) ist es nicht gekommen. Das muss sich ändern.

Auch was den Um- und Rückbau des Medardusrings und die Zufahrt der Traktoren zum Pfalzmarkt angeht, wollen unsere Bürger endlich Taten sehen.

Ortskernentwicklung

Beim Thema Ortsentwicklung müssen wir weiter vorausschauen als bis zur nächsten Kommunalwahl.

Mit der Schließung des Café Kuhn ist, wenn auch hoffentlich nicht für immer, ein Anziehungspunkt aus der Ortsmitte verschwunden. Wir, der Gemeinderat, müssen uns zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern überlegen, in welche Richtung sich Mutterstadt entwickeln soll.

Die CDU-Fraktion will nicht, dass Mutterstadt das Image eines "Schlafdorfes" bekommt.

Wir wollen nach Möglichkeiten suchen und aktiv daran arbeiten, neue Anziehungspunkte und Anreize gerade in der Ortsmitte zu schaffen.

Die CDU-Fraktion will die Attraktivität von Mutterstadt steigern.

Der mittlerweile gut besuchte Wochenmarkt ist ein kleines Beispiel, wie man den Ortskern wieder mit Leben erfüllen kann. Chancen sehen wir als Fraktion vor allem in zwei Bereichen:

Erstens kann das anstehende Jubiläum des Palatinums sowie das des Neuen Rathauses genutzt werden, um unsere Ortsmitte mit kulturellem Leben zu erfüllen.

Zweitens haben wir mit der kommenden Neugestaltung der Ludwigshafener Straße eine erste Chance, bauliche Akzente zu setzen und Veränderungen anzugehen.

Klar ist, dass viele an der Planung beteiligt werden müssen und auch sollen. Wir erhoffen uns einen Wettbewerb guter Ideen. Wir müssen alle offen sein für gute Vorschläge. Denn wenn wir nicht unvoreingenommen Vorstellungen entwickeln und diskutieren, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn sich im Ort nichts ändert.

Die CDU-Fraktion möchte, dass sich etwas ändert.

Kultur

Mutterstadt ist geprägt von einer vielfältigen und starken Vereinslandschaft. Es muss - auch in Zeiten knapper Kassen - im Interesse der Gemeinde liegen, die Vereine und die Ehrenamtlichen nach Kräften zu unterstützen. Hierzu zählen die im Haushalt eingestellten Mittel zur Vereinsförderung genauso wie die zur Verfügung gestellte Infrastruktur.

Das Palatinum, die "Gute Stube" Mutterstadts, besteht 2008 im 10. Jahr.

Unseren Vereinen dient es als hervorragend geeigneter Veranstaltungsraum und durch zahlreiche kulturelle Angebote stellt es eine Bereicherung für alle Mutterstadter Bürger dar.

Betrachtet man dabei die tatsächlichen Kosten, d.h. ohne Zins, Tilgung und Abschreibung, liegt der Zuschuss an den Betriebskosten bei 71.500,00 €. Ohne Frage ist dies viel Geld. Nach Meinung der CDU-Fraktion sind diese Kosten aber ebenso vertretbar wie zum Beispiel die in vergleichbarer Höhe liegenden Kosten für den Sportpark (148.000,00 €).

Die CDU-Fraktion hofft, dass die neue Holzterrasse tatsächlich länger hält und die Gremien weniger beschäftigen wird als die vorangegangene. Die CDU-Fraktion stimmt einer zusätzlichen Personalstelle (19,25 h pro Woche) zu. Diese ist zur Abdeckung der Öffnungszeiten sowie zur Vertretung bei Krankheit, Fortbildung oder dem Besuch von Messen notwendig. Partnerschaften

Am 1. und 2. Advent haben Bürger unserer Partnergemeinden Praszka und Oignies wie im letzten Jahr auf dem Weihnachtsmarkt landestypische Produkte angeboten. Dies war eine großartige Sache und kam gut an. Während wir in unserer letzten Haushaltsrede zum wiederholten Male kritisieren mussten, dass von unserer Verwaltung keine Signale nach Oignies gingen und das Verhältnis zu unserer französischen Partnergemeinde unterkühlt war, können wir heute mit großer Genugtuung feststellen, dass der neue Bürgermeister sich auch in der Frage unserer Partnerschaften in der Pflicht sieht. Wir hoffen, dass der kürzliche, längst überfällige Besuch einer Mutterstadter Delegation in Oignies mit dem Bürgermeister an der Spitze die Tür nach Frankreich nun richtig aufgestoßen hat. Die gegenseitigen Beziehungen zu unserer polnischen Partnergemeinde sind Dank des unermüdlichen Wirkens unseres Partnerschaftsvereines und unserer polnischen Partner hervorragend. Wir haben auch gesehen, dass sich unser Partnerschaftsverein auf dem Weihnachtsmarkt in Oignies sehr gut präsentierte und auf gute Resonanz stieß.

Der Verein mit Herrn Kuch an der Spitze leistet hervorragende Arbeit. Die CDU bedankt sich dafür.

Im Bereich des Sports stehen dieses Jahr dringend notwendige Investitionen an. So muss der Kunstrasen im Sportpark für 335.000,00 € erneuert werden. Des Weiteren ist eine Sanierung des Tragwerkes für das Dach der Mandelgrabenhalle aus Sicherheitsgründen erforderlich. Dies wird die Gemeinde weitere 50.000,00 € kosten.

An beiden Investitionen führt aus Sicht der CDU-Fraktion kein Weg vorbei.

Freiwillige Feuerwehr

Der Freiwilligen Feuerwehr steht ein schönes und funktionales Gerätehaus zur Verfügung. Um den Dienst auch mit fachgerechter Ausrüstung versehen zu können, stehen in den Jahren 2008-2009 345.000,00 € für ein neues Tanklöschfahrzeug bereit. Die Freiwillige Feuerwehr ist ein Garant für die Sicherheit in Mutterstadt. Die CDU-Fraktion dankt allen ehrenamtlichen Feuerwehrleuten für ihren Dienst an der Allgemeinheit.

Besonderer Dank gilt den Ausbildern und Betreuern der Jugendfeuerwehr. Sie wecken und fördern mit großem persönlichem Einsatz bei den Jugendlichen die Bereitschaft, sich für eine wichtige soziale Aufgabe zu engagieren.

Sowohl die Feuerwehr als auch unsere vielen Sport- und Kulturtreibenden Vereine zeigen, dass es erfreulicher Weise noch viele Menschen gibt, die sich vorbildlich ehrenamtlich einbringen.

Umweltschutz

Umweltschutz hat sich im letzten Jahr oft medienwirksam auf großen internationalen Konferenzen abgespielt. Wir alle wissen, dass dabei nicht allzu viel Konkretes heraus gekommen ist. Wir, die CDU-Fraktion, wollen aber nicht nur auf die Großen schimpfen, sondern uns fragen, was wir im Kleinen, hier vor Ort, hier in Mutterstadt verändern können.

Durch die Fortschreibung des Indikatorenberichts der Agenda 21 wissen wir, dass in unserer Gemeinde noch in vielen Bereichen Handlungsbedarf besteht. Es gilt, die aufgezeigten Punkte - siehe letzter Indikatorenbericht - nach und nach aufzuarbeiten. Ein besonderer Dank gilt allen Damen und Herren der Agenda 21. Die Mitglieder der Agenda leisten ehrenamtlich für Mutterstadt Hervorragendes. Die CDU bedankt sich für die gute Zusammenarbeit. So haben wir z. B. aus einer gemeinsamen Ortsbegehung manche Anregungen der Agenda aufgegriffen und ihre Umsetzung im Gemeinderat angeregt.

Auf Antrag der CDU-Fraktion vom 23. August 2007 wurde die Verwaltung aufgefordert, eine Aufstellung der möglichen Energiesparmaßnahmen in kommunalen Gebäuden zusammenzustellen. Diese soll die möglichen Sparpotenziale die Kosten hierfür sowie die Prioritäten für deren Umsetzung aufzeigen. Wichtig ist uns auch zu erfahren, wie und wann die Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

Im Haushalt 2008 bereits fest eingeplant ist die Dachbodendämmung im Haus der Vereine und in der Pestalozzi-Schule. Wir wissen, dass mit unserem Beigeordneten Klaus Lenz ein ausgewiesener Fachmann für diese Aufgaben in der Verwaltung sitzt. Geruchsbelästigung - Zeller

Die Biogasanlage ist wohl endgültig vom Tisch. Die Firma Zeller plant nun eine Tunnelkompostierung. Bislang ist uns über diese Technik wenig bekannt. Der Rat wird ein Genehmigungsverfahren und die damit zusammenhängenden Fragen kritisch begleiten. Insgesamt hoffen wir im Interesse der Bürger, dass das neue Verfahren zu einer anhaltenden Verbesserung der Geruchssituation führt. Johann-Wilhelm-Emmerich-Haus

Der anstehende Verkauf des Johann-Wilhelm-Emmerich-Hauses an den türkisch-islamischen Verein Mutterstadt ist ein sensibles Thema. Weder ein vorschneller Verkauf noch Panikmache sind angebracht. Wir müssen gemeinsam mit allen Mutterstadter Bürgern, speziell mit den Anwohnern und den Verantwortlichen des Vereins an einer für alle tragfähigen Lösung arbeiten. In diesem Zusammenhang sollten wir aber auch nicht vergessen, dass es sich bei den Mitgliedern des Vereins um Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde handelt.

Zusammenarbeit Verwaltung und Rat

Obwohl die Zusammenarbeit mit der Verwaltung sich seit dem Amtsantritt des neuen Bürgermeisters im Allgemeinen stark verbessert hat, sei an dieser Stelle noch eine Anmerkung gestattet.

Es ist in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen, dass Beschlussvorlagen der Verwaltung, insbesondere in Bauangelegenheiten, unzureichend präzise formuliert und vorbereitet waren. Ich erinnere beispielhaft an den Sachverhalt in der Eisenbahnstraße 1.

Es ist nicht akzeptabel, dass in der Sach- und Rechtslage Möglichkeiten der Gemeinde vorgestellt werden, Rats- und Ausschussmitglieder ihre Entscheidungen hierauf aufbauen, um im Nachhinein mitgeteilt zu bekommen, dass die Beschlüsse etwa des Bauausschusses so nicht durchsetzbar sind. Das ist für die CDU unbefriedigend. Die CDU-Fraktion bittet hier dringend um Abhilfe und Klärung

Fazit

Trotz nicht gerade üppiger Haushaltslage sind nach Meinung der CDU-Fraktion nicht unerhebliche Investitionen in 2008 und später unabdingbar.

Diese sind:

- die Erneuerung des Kunstrasens im Sportpark
- die Tragwerksanierung der Mandelgrabenhalle
- die Dachbodendämmung der Pestalozzi-Schule und des Haus der Vereine
- der Um- und Ausbau der Kindergärten
- die Investitionen in der Rudolf-Wihr-Schule
- der Ausbau von Straßen in der Gemeinde

Es liegt noch Vieles vor uns und es gilt jede Investition auf den Prüfstand zu stellen und mit Augenmaß zu beurteilen. Zustimmung

Ich habe in meiner Rede manche Kritik vorgebracht. In der Tat hält die CDU-Fraktion noch viele Dinge für verbesserungsbedürftig. Dennoch verkennen wir nicht, dass sich im letzten Jahr in der Verwaltung bereits Vieles bewegt hat. Dies stimmt uns zuversichtlich für das kommende Jahr.

In diesem Sinn möchte die CDU-Fraktion der Verwaltung für ihre Arbeit danken. Insbesondere danken wir denjenigen Mitarbeitern in der Verwaltung, die an der Erstellung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs beteiligt waren, allen voran Herrn Hammer, der uns den Haushaltsentwurf auf unserer Klausurtagung ausführlich erläutert hat.

Ebenso bedankt sich die CDU-Fraktion auch in diesem Jahr bei allen Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit im Rat. Die CDU-Fraktion stimmt der vorliegenden Fassung des Haushaltes der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2008 zu.

Haushaltsrede von Thorsten Leva (SPD):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Herren Beigeordnete,

sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

liebe Ratskolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

wohl zum letzten Mal konnten wir uns mit dem vorliegenden Haushaltsplan 2008 nach altbewährtem Muster befassen. Wir werden aber auch sicherlich mit dem neuen System Doppik ab Haushalt 2009 den Überblick behalten. Aus dem vorliegenden Zahlenwerk haben wir insgesamt -überwiegend positiv- folgende grundsätzliche Erkenntnisse gezogen:

- Die wesentlichen Einnahmen steigen in erfreulichem Umfang
- Die zu erwartenden Ausgaben scheinen realistisch kalkuliert
- Der Verwaltungshaushalt ist ausgeglichen und bringt zudem einen Überschuss zugunsten des Vermögenshaushalts von kalkuliert 472.000,00 €

- Da die Verschuldung der Gemeinde seit 2002 praktisch nicht gestiegen ist und vertretbar bleibt, halten wir die geplante Kreditaufnahme in Höhe von 300.000,00 € für sinnvoll und notwendig.
- Ein vorhandenes Grundvermögen und nicht unerhebliche Geldanlagen (7,4 Mill €) geben uns die finanzielle Möglichkeit, in den nächsten Jahren weitere notwendige Investitionen zu realisieren. Wir sollten jedoch weiterhin darauf achten, Investitionen möglichst nur im Rahmen der freien Finanzspitze zu tätigen, die Rücklagen sollten nicht angetastet werden.

Beim Verwaltungshaushalt dürfen wir jedoch nicht übersehen, dass die Ausgaben - auch für unsere sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen - weiter langsam aber kontinuierlich steigen. Realistisch betrachtet gibt es hier jedoch kaum spürbare Einsparmöglichkeiten, ohne die gute Infrastruktur in unserer Gemeinde zu gefährden.

- Die Personalkosten erhöhen sich (nicht zuletzt durch Tarifänderungen) in einem vertretbaren Umfang.
- Die Sachkosten dagegen steigen auch weiterhin überproportional. Das hat bei näherer Betrachtung mehrere Ursachen:
 - Die Energiekosten sind gestiegen. Deshalb muss die Gemeinde in den n\u00e4chsten Jahren durch energetisch bauliche Ma\u00dfnahmen an den gemeindeeigenen Geb\u00e4uden eine Verbesserung erreichen
 - Unterhaltung und Pflege -unter anderem Grünanlagen, Friedhöfe, Sportpark, Wald, Gebäude, Einrichtungen- können und sollen nicht vernachlässigt werden
 - Auch die internen Geschäftsausgaben, so zum Beispiel die Datenverarbeitung, müssen den aktuellen Entwicklungen angepasst werden.

Verkauf von Immobilien und Grundstücken

Wir müssen einräumen, was uns eigentlich bewusst war, dass in den vergangenen Haushaltsjahren die Einnahmenansätze aus Grundstückserlösen innerörtlich und "Am alten Damm" nicht den Realitäten entsprachen. Notwendige Investitionen mussten deshalb zurückgestellt werden, um weitere Kreditaufnahmen zu vermeiden.

Insofern halten wir die dieses Mal eingestellten Beträge von zusammen 780.000,00 € im Haushalt 2008 für durchaus realistisch. Es ist jedoch kein Geheimnis, dass in letzter Zeit die Preise auf dem Immobilienmarkt nachgegeben haben. Darauf müssen wir uns einstellen

In diesem Zusammenhang will ich die Immobilie Emmerich-Haus nicht ausklammern. Hier gilt es, die weiteren Verhandlungen mit einem interessierten Käufer abzuwarten und zu sehen, ob es für alle Beteiligten zu einem befriedigenden Abschluss kommen kann. Jedenfalls wünschen wir bei diesem Thema keine politische Eskalation zwischen den Parteien und Gruppen in Mutterstadt.

Zu den Einzelplänen, sowohl aus Verwaltungs- als auch Vermögenshaushalt, möchte ich schwerpunktmäßig einige Aussagen treffen. Allgemeine Verwaltung/Finanzverwaltung

Die Gemeinde steht mit dem Projekt "Kommune 21" vor einer großen organisatorischen Herausforderung. Einige Führungspositionen sind in absehbarer Zeit neu zu besetzen. Sämtliche Abteilungen, hauptsächlich die Finanzabteilung, sind mit der neuen Haushaltsführung Doppik ab 2008 befasst. Wir wünschen allen Beteiligten einen erfolgreichen und möglichst reibungslosen Übergang. In dieser Rubrik steht ein Lob an die Finanzabteilung für die Vorbereitung des Haushaltes an, sowie an den Bürgermeister, der diesen hervorragenden Haushalt vorgelegt hat. Dies ist aber nicht so gemeint, als dass sie sich auf diesen Lorbeeren ausruhen könnten, sondern eher als Messlatte und Ansporn für die Zukunft.

Den Beratungen im Schulträgerausschuss vom 20.11.2007 konnten wir entnehmen, dass die örtlichen Grundschulen mit den Haushaltsansätzen "ihrer Etats" einverstanden sind, wenngleich immer wieder einige Wünsche offen bleiben. Jedenfalls fanden sie, was die weitere PC-Ausstattung betrifft, bei der Verwaltung und dem Rat ein offenes Ohr.

Die SPD Fraktion begrüßt die Initiative der Gemeindeverwaltung zum Thema Einführung einer Ganztagsschule. Wir wünschen uns hier eine schnelle Umsetzung und hoffen auf baldige Vorlage konkreter Pläne.

Einigermaßen überraschend und nicht so zeitnah eingeplant sind die 285.000,00 € für Baumaßnahmen im Rudolf-Wihr-Schulzentrum in Limburgerhof. Doch bei einem Anteil an Hauptschülern von rund einem Drittel aus Mutterstadt können wir uns diesen Investitionen nicht entziehen, zumal eine eigene Hauptschule in Mutterstadt uns auf Dauer teurer käme.

Wir erwarten allerdings von der Kreisverwaltung, dass die Gemeinde Mutterstadt als maßgeblicher Kostenträger hier bei weiteren Planungen und Ausführungen weiterhin beteiligt wird.

Kindergärten

Für die Kindertagesstätten der katholischen und protestantischen Kirchengemeinden werden wir in den nächsten Jahren erhebliche Mittel aufwenden. In diesem Jahr sind bereits für bauliche Maßnahmen 300.000,00 € im Haushalt eingestellt. In enger Abstimmung mit beiden Konfessionen wollen wir erreichen, dass auch für unter 3-jährige die Betreuung zum Zeitpunkt des Rechtsanspruchs sichernestellt ist

Diese Investitionen, sowie die Aufwendungen für die gemeindeeigenen Einrichtungen sind gesellschaftspolitisch enorm wichtig. Durch eine hervorragende Betreuung der Kinder wird hier ein Standortvorteil ausgebaut, der Mutterstadt für den Zuzug junger Familien und berufstätiger Alleinerziehender attraktiv macht.

Gemeindebibliothek

Für die Gemeindebibliothek wenden wir immerhin jährlich rund 200.000,00 € auf. Doch das wollen wir nicht kritisch sehen, denn schließlich hat Frau Bauer mit ihrem Team ein hohes Ansehen bei Schülern, Jugendlichen und Erwachsenen auch über die Grenzen von Mutterstadt hinaus. Immer wieder neue Ideen und Aktivitäten, so jetzt zum Beispiel die Öffnung der Bücherei auch samstags, tragen zur weiteren Attraktivität bei.

Dafür gilt ihr unser Dank und unsere Anerkennung.

Sportpark

In diesem Jahr feiert die FG 08 ihr 100-jähriges Vereinsjubiläum. Wenngleich nicht Allein, so doch als Hauptnutzer dieser vorbildlichen Anlage, wird die Gemeinde diesem Traditionsverein zu seinem runden Geburtstag ein längst überfälliges, großes Geschenk machen können. 335.000,00 € sind im Vermögenshaushalt für die notwendige und jetzt nicht mehr aufzuschiebende Belagserneuerung des Kunstrasens eingestellt. Wir müssen hier allerdings noch grünes Licht von der Landesregierung wegen des vorzeitigen Baubeginns und der Zuschüsse bekommen.

Randbemerkung:

Die im Sportpark aktiven Vereine, insbesondere die FG08 mit ihrer sehr starken Jugendarbeit, leisten neben den anderen Ortsvereinen einen erheblichen Beitrag zum sozialen Leben in Mutterstadt. Diese wichtige Vereins- und Jugendarbeit ist präventiv gegen Jugendkriminalität, Gewalt, Drogenabhängigkeit und soziale Isolation. Die aktuelle politische Diskussion zeigt, welche Dimensionen diese Probleme in unserer Gesellschaft bereits erreicht haben und auch vor Mutterstadt nicht halt machen werden. Daher unterstützt die SPD-Fraktion Aktivitäten zum Schutz und der Entwicklung unserer Jugend.

Vor über 40 Jahren haben wir den neuen Friedhof mit einer würdevollen Trauerhalle angelegt. Inzwischen haben sich die Bestattungsarten wesentlich verändert. Über die Hälfte sind bereits Feuerbestattungen.

So ist es folgerichtig, dass wir die Urnenwand erweitern und auch einen Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 2005 vollziehen, indem sowohl ein anonymes Urnenerdbestattungsfeld als auch ein Wiesen-/ Rasenbestattungsfeld angelegt wird. Auch die Erweiterung des Friedhofes nach Osten ist bereits eingeleitet.

Nachvollziehen können wir dabei durchaus, dass die Denkmalschutzbehörde hier umfangreiche archäologische Untersuchungen wegen möglicher Funde aus der Keltenzeit vornehmen will. Nicht nachvollziehen können wir die Verpflichtung der Gemeinde, als so genannter Verursacher, dafür nahezu die gesamten Kosten (sie könnten bei 50.000,00 € liegen) zu übernehmen.

In 2007 konnte durch den neuen Terrassenbelag endlich ein unsägliches Palatinumkapitel geschlossen werden. Die Anschaffung von neuem Mobiliar trägt zur Prestigesteigerung der Gastwirtschaft bei und lässt hoffentlich noch mehr Gäste dort verweilen. Ein anderes Palatinumkapitel ist die Optimierung der Festhalle. Die Verschiebung des Baubeginns für den geplanten Toilettenanbau ist nachvollziehbar, darf aber nicht aus den Augen verloren werden. Auch wenn es schwierig sein dürfte einen solchen Betrieb wirtschaftlich zu führen, wünschen wir uns von Seiten des Betreibers und der Veranstaltungsagentur mehr Engagement um ein nachfrageorientiertes Programm anbieten zu können und dem notwendigen Dienstleistungsgedanken Rechnung zu tragen. Nach wie vor sind wir stolz auf unser Palatinum und die SPD-Fraktion wird versuchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Verwaltung bei jeder Verbesserung zu unterstützen und entsprechende Vorschläge einzubringen.

Bei den nach wie vor gegebenen Verkehrsproblemen steht insbesondere die Sicherheit unserer Kinder im Vordergrund unseres Handelns. Hier stellen wir mit Genugtuung fest, dass wir in diesen Fragen zwar erwartungsgemäß noch nicht alles gelöst haben, aber einen guten Schritt weitergekommen sind:

- Dank dem unermüdlichen Einsatz von Gemeinderat und Verwaltung, sowie von Hannelore Klamm bei der Landesregierung, steht der lange geforderte Radweg nach Limburgerhof nun kurz vor der Fertigstellung.
- Der in diesem Zuge erstellte Kreisel ist sichtbares Zeichen dafür, dass die ersehnte Anbindung der L524 an die B9 bald (wohl bis 2010) realisiert sein wird. Entsprechende Mittel werden dem Vernehmen nach im Landeshaushalt eingestellt.
- Auch die Anbindung (Auf- und Abfahrt) der L530 an die A61 Richtung Dannstadt nimmt durch das Planfeststellungsverfahren konkrete Formen an.
- Dem in diesem Zusammenhang geforderten Ausbau der Feldwegeführung von der Ruchheimer Straße zum Pfalzmarkt muss wohl eine Flurbereinigung vorausgehen. Trotz des Wissens um die Probleme unserer Bürger im Neubaugebiet "Alter Damm" müssen wir uns hier leider noch in Geduld üben.
- Sehr positiv registrieren wir die verschiedenen innerörtlichen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, die der Bürgermeister zeitnah und unbürokratisch umgesetzt hat und die bei den betroffenen Bürgern ein sehr positives Echo gefunden haben. Rat und Verwaltung werden sich auch künftig permanent mit diesen Fragen befassen. So muss unter anderem auch für die sich immer mehr verschärfende Parksituation im Ort Lösungen gefunden werden. Die SPD-Fraktion wird weiterhin an den Problempunkten als Ansprechpartner vor Ort sein.

Die SPD ist erfreut, dass ihre Anträge zur Verkehrsberuhigung in der Robert-Blum-Straße und Jahnstraße im Haushalt berücksichtigt sind und somit zeitnah umgesetzt werden. An dieser Stelle soll ausdrücklich der fachkundige Rat des Gremiums für Verkehrsfragen und die Arbeit der Agenda 21 lobend erwähnt werden.

Gemeindestraßen

Unsere innerörtlichen Straßen sind teilweise in einem unbefriedigendem Zustand. Hier finden die Ausgabenansätze im Vermögenshaushalt, jetzt und in den nachfolgenden Jahren, zum Teil über die jährlichen Einnahmen aus den "wiederkehrenden Ausbaubeiträgen", unsere Zustimmung, um den Investitionsstau aus zurückliegender Zeit abzubauen.

Die stark belasteten Hauptverkehrsstraßen sollten jedoch erst nach der Fertigstellung der Anbindung der L524 an die B9 und einer damit einher gehenden Verkehrsberuhigung im Ortskern in Angriff genommen werden.

Es ist erfreulich, dass der Gesetzgeber die wiederkehrenden Ausbaubeiträge per Gesetz ermöglicht hat und das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz festgestellt hat, dass dies nicht zu beanstanden ist.

Die Mannschaft um Wehrleiter Rüdiger Geib fühlt sich in der neuen Feuerwache offensichtlich sehr wohl. Durch die starke Jugendfeuerwehr gibt es erfreulicherweise derzeit keine Nachwuchsprobleme. Die Gemeinde jedenfalls unterstützt dieses ehrenamtliche Engagement durch den notwendigen Ankauf eines neuen Tanklöschfahrzeugs.

Die SPD Fraktion begrüßt diese Entscheidung, da eine optimale Ausstattung unserer Feuerwehr dem Sicherheitsbedürfnis der Mutterstadter Bürger Rechnung trägt.

Geruchsbelästigung

Phasenweise hatte sich in 2007 eine Verbesserung eingestellt. Damit war die Hoffnung verbunden, dass dieses Thema dauerhaft gelöst sein könnte. Gegen Jahresende sind jedoch wieder Geruchsbelästigungen aufgetreten. Hier gilt es am Ball zu bleiben, zu beobachten und entsprechend zu reagieren. Die SPD-Fraktion ist mit den Beteiligten im Dialog und begleitet dieses Thema entsprechend, um eine Reduzierung der Belastung zu erreichen.

Jugendtreff

Die Einrichtung Jugendtreff ist eine notwendige und gute Institution für Mutterstadt. Auch wenn im "Tagesgeschäft" Probleme auftreten, darf hier nicht pauschal geurteilt werden. Dennoch sehen wir Handlungsbedarf im Angebot und bezüglich einer Öffnung um breitere Schichten Jugendlicher in den Jugendtreff zu bekommen. Der Jugendtreff soll in seiner Arbeit begleitet und unterstützt werden. Insbesondere die vorbildliche Organisation der Kinderwaldranderholung in Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt im Mutterstadter Wald ist ein Beispiel für die gute Arbeit des Jugendtreffs.

Dank und Anerkennung

Das abgelaufene Jahr nat uns erneut bestätigt, dass Mutterstadt eine lebendige Wohngemeinde ist und diese Entwicklung wird sich nach unserer Überzeugung auch in diesem Jahr erfolgreich fortsetzen. Nicht nur in unseren unzähligen Vereinen stellen wir eine engagierte ehrenamtliche Tätigkeit fest. Auch außerhalb dieser festen Organisationen haben sich Bürger für das Gemeinwohl eingesetzt und zweifellos einiges bewegt und erreicht.

So will ich im Namen meiner Fraktion danken:

- Der lokalen Agenda 21, die mit der aktuellen Fortschreibung der "Indikatoren für ein nachhaltiges Mutterstadt" in Zusammenarbeit mit der Verwaltung am Ende des letzten Jahres auf Fortschritte, aber auch auf vorhandene Defizite in den einzelnen Bereichen hinweisen konnte. Diese Ausarbeitungen dienen uns auch als sinnvolle Orientierung für unser weiteres politisches Handeln.
- Dem Partnerschaftsverein für seine Aktivitäten mit unseren beiden Partnerstädten. Die Fraktionen konnten sich zusammen mit der Verwaltungsspitze Ende November 2007 bei einem Besuch in Oignies ein unmittelbares, positives Bild von den inzwischen persönlichen Freundschaften machen.
- Den ehrenamtlichen Helfern in der Seniorentagesstätte. Frau Hottenträger und Herr Werner haben sich aus dem Leitungsteam zurückgezogen. Nach jahrzehntelangem Engagement haben wir dafür Verständnis und möchten uns aufrichtig bei beiden für die wirkungsvolle Arbeit bedanken. Diese hervorragende Einrichtung wird weiter bestehen. Die vom Bürgermeister zugesagte Unterstützung durch die Sozialarbeiterin, Frau Kercher, findet unsere vorbehaltlose Zustimmung. Weitere Unterstützung erwarten wir von einem von uns beantragten Seniorenbeirat.
- Der Bürgerinitiative Geruchsbelästigung, die kritisch, aber mit fachlich fundiertem Hintergrundwissen die weitere Entwicklung der Kompostieranlage Zeller beobachtet und begleitet. Sie hat zweifellos mit ihrer Stellungnahme unter anderem die Aufsichtsbehörde in diesen heiklen Fragen weiter sensibilisiert.
- Frau Otto, für die Initiative zur Gründung einer Bürgerstiftung, welche unsere volle Zustimmung findet.

- Den engagierten Jugendlichen im Jugendgemeinderat die eine sehr gute Arbeit machen. Dieses Jahr sollen neue Wahlen stattfinden. Wir wünschen uns eine rege Beteiligung der Jugendlichen in Mutterstadt. Die SPD-Fraktion wird dieses Gremium weiterhin tatkräftig unterstützen.
- Dank, den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die nicht nur mit Wünschen, sondern auch mit konstruktiven Vorschlägen an unsere Fraktion und die Verwaltung herantraten, unsere kommunalpolitische Arbeit unterstützen und damit den Wohnwert unserer Gemeinde weiter verbessern

Mit diesem Dank verbindet die SPD-Fraktion die Zusage, auch künftig weitere Ideen und Initiativen zu unterstützen und zu begleiten. Wir wollen abschließend Dank sagen für die geleistete Arbeit

- Dem am 30.06.2007 ausgeschiedenen Bürgermeister Ewald Ledig, wir wünschen ihm auch weiterhin einen angenehmen Ruhestand
- Unserem neuen Bürgermeister Hans-Dieter Schneider, seine Einarbeitungsphase, das ist unser Eindruck, hat eigentlich nicht stattgefunden. Voll engagiert hat er sich ab dem 01.07.2007 in die Arbeit gestürzt, zielgerichtet Probleme angepackt und soweit möglich zeitnah gelöst. Seine im Vorfeld der Wahl zugesagte Bürgernähe hat er in die Tat umgesetzt.
- Den drei Beigeordneten, die nach unserer Kenntnis köllegial untereinander und mit dem Verwaltungschef vertrauensvoll zusammen arbeiten. Insbesondere unserem Klaus Leicht, dessen Fachkenntnisse speziell zum Thema Haushalt für unsere Fraktion unentbehrlich sind.
- Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung.
- Letztlich den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die gute, konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat und den Ausschüssen.

Die SPD Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsentwurf vorbehaltlos zu.

Haushaltsrede von Hartmut Kegel (FWG):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider, werte Beigeordnete,

liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

meine Damen und Herren.

meine diesjährigen Ausführungen zum Haushalt 2008 und dem Investitionsplan für die folgenden Jahre möchte ich mit einem vorsichtigen Lob für die Verwaltung beginnen. Offensichtlich ist mit dem neuen Bürgermeister auch frischer Wind ins Rathaus geweht. Finanzielle Gesamtsituation

Nachdem der Haushalt des vergangen Haushaltjahres 2007 durch erhöhte Steuereinnahmen im Nachtragshaushalt mehr als ausgeglichen werden konnte, scheint sich dieser Trend auch für den jetzt vorliegenden Haushalt fortzusetzen.

Ein Blick auf den Haushaltsplan 2008 zeigt, dass die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes von der allgemeinen positiven Wirtschaftslage in unserem Land profitieren. Dies zeigt sich sowohl bei der Gewerbesteuer, als auch bei den Gemeindeanteilen an Einkommens- und Umsatzsteuer.

Der Haushaltsplan wurde sorgfältig erstellt und in den Ausschüssen vorberaten. Die Investitionen sind niedrig gehalten und somit weist der Verwaltungshaushalt bei einem Umfang von rd. 14 Mio. € einen Überschuss von 471.780,00 € aus, der dem Vermögenshaushalt zugeführt wird.

Der Vermögenshaushalt beläuft sich auf rd. 2,1 Mio. €, wobei bei den Ausgaben die notwendige Erneuerung des Kunstrasens im Sportpark der größte Posten ist. Die weiteren Investitionen sind sinnvoll, sie sind aber auch von der Finanzkraft unserer Gemeinde abhängig.

Ortskerngestaltung

Nachdem die Erschließung des Neubaugebietes abgeschlossen ist, müssen wir uns verstärkt unserem Ortskern zuwenden. Inwieweit die im Ortskern verfügbaren Gebäude sinnvoll verwertet werden können, muss eine fundierte und weitsichtige Entwicklungsplanung aufzeigen. Um dieses Vorhaben nicht zu gefährden, ja womöglich zu verhindern, sind wir gegen den Verkauf des Emmrich-Hauses. Der Erwerb des Anwesens Defren muss beraten und nach detaillierter Kostenschätzung entschieden werden. Ausbaupläne für die Ludwigshafener Straße incl. des Kreuzungsbereiches mit der Oggersheimer Straße liegen bereits schon vor. Öffentliche Grünanlagen, wie der Bereich vor dem alten Friedhof sind in einem desolaten Zustand. Eine bessere Ausleuchtung und die Verminderung der Verschmutzung durch Hundekot ist dringend notwendig. Der Straßenbelag der angrenzenden Straßen muss erneuert werden. Palatinum

Die Besucherzahlen des Palatinums weisen eine steigende Tendenz auf. Der neue Terrassenbelag, sowie die neue Beschattungsanlage unterstützen den positiven Eindruck. Mit der neuen personellen Verstärkung im Verwaltungsbereich wird eine bessere Vermarktung dieser guten Stube erreicht . Die Präsentation des Saales, besonders hinsichtlich Dekoration und Beleuchtung bei ausverkauften Gastspielen lässt manchmal zu wünschen übrig.

Die Erschließung der Friedhofserweiterung muss die zunehmende Änderung der Bestattungskultur berücksichtigen. Grabanlagen in einem Friedwald werden immer mehr gewünscht.

Gewerbegebiet

Die geplante private Erschließung des Gewerbegebietes muss zeitgleich mit dem Anschluss der L 524 an die B 9 erfolgen, um die Verkehrsbelastung für unseren Ort zu reduzieren. Auch sollte darauf geachtet werden, dass die Nutzung der Flächen blockweise durchgeführt wird, um eine verbleibende, zusammenhängende Fläche anbieten zu können. Verkehr

Die Belastung durch den Verkehr ist ein weiterer Schwerpunkt meiner Ausführungen. Nicht nur wochentags, sondern auch am Sonntag (Stichwort Flohmarkt) werden wir von Autos überrollt. Eine Begrenzung der Veranstaltungstermine, sowie des Angebotes würden hier zur Entlastung beitragen. Der durchfahrende Schwerverkehr muss aus den Ortsstraßen herausgehalten werden, besonders das Umfahren mautpflichtiger Straßen durch unsere Gemeinde belastet jeden von uns und richtet große Straßenschäden an. Unser Bestreben ist es weiterhin, dem landwirtschaftlichen Verkehr eine Umfahrung des Ortes zu ermöglichen. Die Planungen diesbezüglich sind angelaufen und durch eine sinnvolle Wegeführung ist es möglich, den Geländeverbrauch zu minimieren. Kindertagesstätten

Der Ausbau unserer Kindertagesstätten für Kinder ab 2 Jahren wird unsere Finanzen mit ca. 900.000,00 € belasten. Die Erhaltung und der Ausbau der vorhandenen Einrichtungen in gemeindlicher und kirchlicher Trägerschaft muss gewährleistet bleiben und ist einem sonst notwendigen Neubau in jedem Falle vorzuziehen.

Radwege

Der Radweg nach Limburgerhof wird in den nächsten Tagen freigegeben. Wir freuen uns, dass unsere beständige Forderung nach einem sicheren Radweg zu Schule und Bahnhof nun verwirklicht wird. In rekordverdächtiger Bauzeit ist es der Verwaltung gelungen, zusammen mit der örtlichen Landwirtschaft einen Ersatzweg für einen im Zuge dieser Maßnahme aufgegebenen Wirtschaftsweg auszubauen.

Südspange

Nachdem es nicht gelungen ist, die bessere Variante der Südspange entlang des Waldes wegen des Widerstandes der Gemeinde Limburgerhof durchzusetzen, muss die Gemeinde darauf achten, dass unser Grabensystem effektiv an die Südspange angeschlossen wird. Nur so wird die westliche Bebauung vor erneuter Vernässung geschützt.

Die geplante Biogasanlage ist an der mangelnden finanziellen Beteiligung der zuliefernden Kommunen gescheitert. Nun soll der Biomüll durch ein geändertes Verfahren geruchssicher verarbeitet werden. Um den Wohnwert unserer Gemeinde zu erhalten muss die Gemeindeverwaltung unter Leitung des Bürgermeisters dafür sorgen, dass die Belastung durch den Geruch minimiert wird. Ist dies erfolgreich und bei einer ausreichenden, geruchsarmen Rottestufe mindestens der Klasse 4, könnte dieser Rohstoff zur Bodenverbesserung in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Voraussetzung hierfür ist aber die sofortige Einarbeitung in den Boden. Seniorenarbeit

Um unsere Gemeinde auf aktuelle, aber auch zukünftige Anforderungen bezüglich älterer Mitbürger besser vorzubereiten, sollte ein Gremium für Seniorenfragen, nennen wir es Seniorenbeirat, gründet werden. Dadurch werden die Interessen und die speziellen Anliegen dieser steigenden Bevölkerungsgruppe besser gewürdigt.

Agenda

Wertvolle Arbeit leistet die Lokale Agenda 21 bei der Überprüfung und Verbesserung der Lebensverhältnisse in unserer Gemeinde. Die Fortschreibung der Indikatoren und mehrere Verkehrszählungen sind die Grundlagen vielen kommunaler Entscheidungen. An dieser Stelle sei ihnen hierfür besonders gedankt.

Meine Damen und Herren,

am Ende meines Berichtes möchte ich allen Angestellten der Verwaltung an erster Stelle dem Bürgermeister Hans-Dieter Schneider, den Abteilungsleitern Hammer, Holzwarth, Becker, Klein und Geib, sowie der Gleichstellungsbeauftragten Frau Kercher für die geleistete Arbeit danken.

Weiterer Dank geht an die Beigeordneten Lenz, Leicht und Strub.

Den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und der Ausschüsse gilt mein Dank für die konstruktive und fruchtbare Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Der vorliegende Haushaltsplan für das Jahr 2008 ist solide aufgestellt und mit einigem Geschick bei den Grundstückserlösen, wird sich vielleicht doch manche Investition schneller als geplant verwirklichen lassen.

Die Fraktion der Freien Wählergruppe stimmt dem Finanzplan und Investitionsprogramm 2007-2011, sowie der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2008 zu.

Haushaltsrede von Dr. Ulrich Hettenbach (FDP):

Mehrere Jahre hinter einander hat uns die Gemeindeverwaltung einen Haushaltplan vorgelegt, der jeweils nur knapp ausgeglichen war. Die Gesetzesforderung einer Pflichtzuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt hatte auch jeweils nur auf dem Papier erfolgen können. Die Einnahmen, die man sich vom Verkauf gemeindeeigener Grundstücke am Alten Damm versprach, waren regelmäßig viel zu hoch angesetzt.

Alle diese Punkte musste die FDP Jahr für Jahr kritisieren. Beim vorliegenden Haushaltsplan für das Jahr 2008 ist alles anders geworden: der Haushalt ist ausgeglichen, die Pflichtzuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt verdient erstmals auch diese Bezeichnung und die Erwartungen für die Grundstücksverkäufe sind im Vergleich zu früheren Jahren weit niedriger angesetzt und realistisch. Dafür möchten wir uns als FDP - Fraktion bei Ihnen, Herr Bürgermeister Schneider und Herr Hammer, bedanken.

Wichtige Vorhaben vergangener Jahre wie die Erneuerung des Terrassenbelags am Palatinum und die Herstellung eines Radweges nach Limburgerhof sind weitgehend erledigt. Die Endabrechnung für das Feuerwehr - Gerätehaus ist erfolgt. So wissen wir ungefähr, wie die Vermögenslage der Gemeinde aussieht. Allerdings hätten wir uns gewünscht, dass bereits zum Jahr 2008 die doppelte Buchführung eingeführt wird, wie dies ursprünglich im Gemeinderat beschlossen worden war. Es ist bedauerlich, dass dieser Termin nicht eingehalten wurde, weil wir damit eine wesentlich genauere Information hätten.

Für das laufende Jahr erhoffen wir uns, dass die geplanten Grundstücksverkäufe am Alten Damm realisiert werden können. Wir hoffen aber auch, dass die Grundstücke in der Oggersheimer Straße verkauft und dann wieder sinnvoll genutzt werden können; so wie sich die darauf stehenden Gebäude seit Jahren darstellen, sind sie keine Visitenkarte für Mutterstadt.

Wichtiger noch ist für die FDP - Fraktion schließlich der Verkauf des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses. Seit Jahren setzen wir uns dafür ein, dieses Anwesen an den türkisch - islamischen Verein abzugeben. Wer erleben konnte, wie freundlich Vertreter von Gemeindeverwaltung und Vereinen beim Fastenbrechen zum Ende des Ramadan empfangen wurden, versteht sicher unseren Wunsch, der nach protestantischer und katholischer Kirche drittgrößten Glaubensgemeinschaft in Mutterstadt endlich einen geeigneten Raum anzubieten. Wir möchten an dieser Stelle an alle Kollegen im Gemeinderat appellieren, den Verkauf des Emmerich - Hauses an den türkisch - islamischen Verein zu unterstützen.

In Bezug auf die Geruchsproblematik glauben wir, eine gewisse Entspannung feststellen zu können. Dazu beigetragen hat sicher die Bürgerinitiative, der wir für ihre Bemühungen danken wollen. Ein wichtiges Signal war andrerseits auch die Beauftragung eines Anwaltes durch den Gemeinderat, der unsere Forderungen mit dem nötigen Druck vertreten konnte.

Unser Dank gilt auch der lokalen Agenda, die erst neulich die Fortschreibung ihrer Indikatoren abgeliefert hat. Es bleibt zu hoffen, dass durch die sich langsam entspannende Haushaltslage konkrete Verbesserungsmaßnahmen ergriffen werden können. Erste vorsichtige Ansätze wie die Wärmedämmung des Dachbodens der Pestalozzi - Schule sind im Haushaltsplan zu finden.

Wir freuen uns außerdem über die Initiative von Frau Otto, eine Bürgerstiftung in Mutterstadt ins Leben zu rufen. Kommt eine solche Stiftung zu Stande, könnten Vorhaben, die sich die Gemeinde auch in Zukunft nicht leisten kann, finanziert werden. Wir wünschen dieser Bürgerstiftung einen guten Start.

Abschließend möchte ich mich bei Bürgermeister, Beigeordneten und allen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die in der Sache oft kontroversen, im Ton aber meist freundlichen Diskussionen bedanken, die wir in der Vergangenheit mit einander führen konnten. Wir freuen uns auch im neuen Jahr auf solche Diskussionen, um Mutterstadt voranzubringen.

Die FDP - Fraktion stimmt dem Entwurf für den Haushalt 2008 der Gemeinde Mutterstadt ohne Einschränkungen zu.

Haushaltsrede von Gabi Odermatt-Altvater (Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindeverwaltung und des Gemeinderates! Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Für Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Mutterstadt steht der aktive Klimaschutz und die damit verbundene Reduzierung des CO2-Ausstoßes dieses Jahr im Mittelpunkt der Haushaltsberatung der Gemeinde.

Wir meinen, dies kann nicht nur Aufgabe der "großen Politik" in Mainz, Berlin, Bali und sonst wo sein.

Wir müssen uns alle darüber im Klaren sein, dass die Ressourcen für Öl und Gas aber auch Uran endlich sind und daraus die Konsequenzen ziehen die da heißen:

weniger verbrauchen, mehr regenerative Energien einsetzen.

Nein, Klimaschutz fängt nun mal bei jedem selbst an. Aber in der Verantwortung sind auch die Akteure in den Kommunen, weil dort die Finanzmittel für Investitionen verplant und auch die Finanzmittel für die Energieverbräuche bereitgestellt werden müssen.

Die enormen Preissteigerungen bei Strom, Heizöl und Heizgas sind auch an der Gemeinde Mutterstadt nicht spurlos vorüber gegangen: Um nur einige Zahlen zu nennen:

Die Steigerung bei Heizenergie im Haushaltsansatzes für das Jahr 2008 gegenüber der Abrechnung von 2005 beträgt satte 26 % - in Summe 225 000,00 €. Bei den Ausgaben für Strom ist eine Steigerung beim Planansatz mit einem Zuwachs von üppigen 28,5 % gegenüber dem Abrechnungsjahr 2005 festzustellen.

Und so wie ich Hr. Hammer einschätze, wird er schon realistische Zahlen planen, damit die Abweichungen im Nachtragshaushalt auf dem Teppich bleiben.

Dieser enormen Verteuerung der Energiepreise kann man eigentlich nur eines entgegensetzen

- den Verbrauch so gut es geht zu reduzieren
- 2. Energiefresser durch sparsamere Heizungen/Geräte zu ersetzen
- Gemeindeeigene Gebäude Zug um Zug energetisch auf den sparsamsten Level zu bringen, z. B. durch Wärmedämmung, IsoVerglasung, Heizanlagen mit intelligenter Steuerungstechnik ect.
- 4. Energiesparaktionen in Zusammenarbeit mit den Schulen, Kindergärten und Vereinen

In der letzten Ratssitzung wurde auf Antrag der GRÜNEN beschlossen, dass die Gemeinde Mutterstadt einen Maßnahmenplan mit einer Prioritätenliste zu Energiesparmaßnahmen an gemeindeeigenen Gebäuden erstellt.

Wir begrüßen diese Entwicklung und wollen, dass in Zukunft dies ein Investitionsschwerpunkt wird.

Mit dem jetzt vorgelegten Antrag zum Thema Energieeinsparung und Abfallvermeidung an gemeindeeigenen Schulen und Kindergärten will Bündnis 90 / DIE GRÜNEN eine Maßnahme in Gang bringen, um einerseits die Erzieher/innen und Lehrer/innen, aber auch die Vereine, die die Hallen mit nutzen, für das Thema zu sensibilisieren.

Vor allem sollen die Kinder und Heranwachsenden lernen mit Energie sparsam umzugehen, und nicht nur meinen "der Strom kommt aus der Wand".

Damit auch alle was davon haben, sollen die Schulen, der Kindergarten und die Vereine die Hälfte der eingesparten Mittel zur freien Verfügung erhalten.

Dass Einsparpotentiale, die ohne großen technische Aufwand zu realisieren wären, noch durchaus vorhanden sind, kann man leicht selbst orten, wenn man im Winter rund um die Uhr geöffnete Dachfenster an Sporthallen oder gekippte Fenster an Schulen und sonstigen öffentlichen Gebäuden an Sonn- und Feiertagen sieht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

um noch beim Thema zu bleiben. Wir GRÜNE haben natürlich auch die Erwartung, dass auf dem einen oder anderen gemeindeeigenen Dach eine Photovoltaikanlage installiert wird. Ich weiß, dass das Thema bereits angedacht ist. So eine Anlage wäre nicht nur eine Investition in den Klimaschutz, auch unserem Gemeindeetat würde das längerfristig Geld bringen.

Ich habe nichts gegen den norwegischen Wasserkraftstrom, den die Pfalzwerke derzeit überwiegend als regenerativen Strom verkaufen, aber es müsste doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir hier in der "sonnigen" Pfalz nicht mehr zustande brächten, als das bisschen, was bisher geleistet wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein anderes sehr wichtiges Thema für Mutterstadt und für die Politik hier im Ort, sind die zunehmenden Leerstände im Ortskern. Es gibt zwar reichlich Sonntagsreden zum "demografischen Wandel", aber dabei wird oft noch zu wenig verstanden, dass die Herausforderung der Zukunft eben nicht in der Ausweisung neuer Bau- oder Gewerbegebiete liegt, sondern in der sinnvollen und zukunftsfähigen Nutzung dessen, was schon da und bebaut ist.

Wir GRÜNE erwarten hier zunächst eine nüchterne Bestandsaufnahme des Ist-Zustands. Danach muss über den ganzen Katalog von möglichen Maßnahmen, bis hin zur Ausweisung von Sanierungsgebieten, offen diskutiert und nach Lösungen gesucht werden. Sehr geehrte Damen und Herren,

einen langen Atem brauchen wir auch bei dem Thema Straßenverkehr in unserem Dorf. Hier möchte ich ausdrücklich davor warnen, alle Hoffnung nur auf die Anbindung der Fohlenweide an die B9 zu setzen.

Der Durchgangsverkehr, einschließlich der der Lastwagen, wird auch nach erfolgter Anbindung, weiter durch den Ort gehen, wenn wir keine Gegenmaßnahmen ergreifen. Außerdem dürfen wir auch die Rolle des innerörtlichen Verkehrs nicht unterschätzen. Hier muss der öffentliche Nahverkehr gestärkt werden. Dabei hat für uns die schnellere und bessere Anbindung an die S-Bahn Limburgerhof absolute Priorität.

Mancher wird sagen, das ist doch Kreispolitik. Das ist zwar grundsätzlich richtig, aber natürlich hat hier das Wort einer Gemeinde, ihres Bürgermeisters und des Gemeinderats ein nicht zu unterschätzendes Gewicht.

Wenn zum Beispiel heute der Bustakt nach Ludwigshafen 30 Minuten beträgt, statt früher 20 Minuten, dann liegt das ganz entscheidend daran, dass die Gemeinde Mutterstadt sehr frühzeitig ihr Einverständnis mit dieser Verschlechterung ausdrücklich erklärt hat. Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte noch auf das Thema Verkauf des Johann-Emmerich-Hauses eingehen. Nachdem der "Türkisch-islamische Verein Mutterstadt e.V.", der bisher in einem völlig unzumutbaren Gebäude in der Oberen Kirchstraße ansässig ist, weiterhin am Kauf des Emmerich-Hauses interessiert ist, würden DIE GRÜNEN es sehr begrüßen, wenn die Verhandlungen zu einem guten Ende gebracht werden könnten.

Einerseits wäre das ein wichtiger Einnahmeposten im Haushalt, aber vor allem ein Zeichen, dass die Mutterstadter Bürger türkischer Abstammung nicht nur hier angekommen sind sondern ein selbstverständlicher Bestandteil unserer Kommune sind. Sehr geehrte Damen und Herren.

ich werde für die GRÜNEN dem Haushalt zustimmen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Einstimmiger Beschluss:

- a) Der Finanzplan und das Investitionsprogramm 2007 bis 2011 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.
- b) Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2008 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Antrag der CDU-Fraktion; Fußgängersicherheit im Ortszentrum

Die CDU-Fraktion beantragt, dass alle in Zukunft zu planenden Gehwege eine Mindestbreite von 1,40 m nicht unterschreiten sollten.

Es trifft zu, dass die Gehwege an den klassifizierten Straßen – vor allem in der Neustadter und Oggersheimer Straße – zum Teil sehr schmal sind. Wo die Möglichkeit besteht, durch größere

Ausbaumaßnahmen Gehwegbreiten zu verändern, sollte dies nach Fertigstellung der Anbindung der L524 an die B9, in Angriff genommen werden.

Es hängt immer von den örtlichen Gegebenheiten und von der Zustimmung des Straßenbaulastträgers (z.B. Land) auf der Grundlage gesetzlicher Vorgaben und Richtlinien ab, ob dies umsetzbar ist. Nach den entsprechenden Richtlinien beträgt die Regelbreite für Gehwege an Erschließungsstraßen mit Entwurfsgeschwindigkeit ≤ 50 km/h sogar 1,50 m. Auf dieser Grundlage werden die Verhandlungen mit dem Straßenbaulastträger – Landesbetrieb Mobilität Speyer (LBM) – geführt werden.

Die zahlreichen Wortmeldungen lassen weiteren Erläuterungs- und Diskussionsbedarf erkennen. Es besteht deshalb Übereinstimmung, dass der Tagesordnungspunkt abgesetzt und zur weiteren Beratung und Beschlussfassung in den Bauausschuss verwiesen wird.

Antrag Bündnis 90/Die Grünen; Förderung von Energieeinsparung und Abfallvermeidung an Grundschulen und Kindertagesstätten

Mit Schreiben vom 15.01.2008 beantragt Ratsmitglied Gabi Odermatt-Altvater (Bündnis 90/Die Grünen) die finanzielle Förderung von Energieeinsparung und Abfallvermeidung der beiden Grundschulen sowie des Haus des Kindes.

Eine Beschlussempfehlung kann die Verwaltung derzeit nicht aussprechen, da noch geklärt werden muss, wie sich die folgenden Punkte auf eine Förderung auswirken:

- Milder Winter mit entsprechenden Einsparungen folgt einem kalten Winter.
- Durchführung energiesparender Investitionen.
- Mandelgraben-Grundschule, Sporthalle sowie Haus des Kindes haben einen gemeinsamen Strom- und Gasanschluss.
- Heizungsanlage der Sporthalle der Pestalozzi-Grundschule versorgt auch den Bauhof. Es soll geprüft werden, ob auch Kommunen für Energiesparmaßnahmen eine finanzielle Förderung übergeordneter Stellen erhalten können.

Auch die Vereine sollen im Rahmen der Nutzung von Sporthallen zur Energieeinsparung in die Pflicht genommen werden.

Einstimmiger Beschluss:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Bauausschuss verwiesen.